

„Dinge werden sagbar, die wir überwunden geglaubt hatten“

Der Leiter der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, Jens-Christian Wagner, zeigt sich im HAZ-Interview besorgt über das Erstarken der Rechtspopulisten



Jens-Christian Wagner mit Geschichtsstudentinnen in der Ausstellung „Roter Winkel“ über politische Häftlinge in der Gedenkstätte des früheren Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Foto: dpa

Herr Wagner, immer häufiger erlebt man in letzter Zeit Auseinandersetzungen um die Errichtung von Mahnmalen an die Zeit des Nationalsozialismus. Ändert sich derzeit die Stimmung?

Ja, ich glaube schon. Wenn man sich die Ereignisse dieses Jahres anschaut, dann spürt man schon einen erinnerungspolitischen Klimawechsel.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Ja, das vorzeitige Ende der Begegnungsstätte in Bergen. Dort war ein Kooperationsprojekt zwischen unserer Stiftung und der Stadt Bergen geplant. Es war eine internationale Bildungsstätte in der Stadt vorgesehen mit Übernachtungsmöglichkeiten. Dort wären Gruppen aus der Gedenkstätte Bergen-Belsen betreut worden, aber auch Gruppen, die aus anderen Gründen nach Bergen kommen. Dafür standen vom Bund 3,6 Millionen Euro zur Verfügung, die Stadt hätte 1,8 Millionen Euro dazugeben müssen. Aber am Ende hat der Stadtrat entschieden, die Bundesmittel nicht abzurufen und das Projekt gewissermaßen zu beerdigen. Da hieß es, das städtische Geld könne man besser für soziale Zwecke einsetzen.

Was halten Sie davon?

Das ist erst einmal verständlich. Aber man sieht daran auch, dass das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gerade für unsere Demokratie schwindet. So ein Bewusstsein bekommt man nicht zum Nulltarif, sondern es kostet etwas. Es gibt zwar keinen direkten Zusammenhang zwischen der Entscheidung des Stadtrates in Bergen und dem Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland. Aber ganz allgemein ist ein erinnerungskultureller Bewusstseinswandel spürbar. Es werden jetzt wieder Dinge sagbar, von denen wir eigentlich dachten, sie wären überwunden.

Was meinen Sie damit?

Es gibt ein spürbares Ressentiment dagegen, sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus überhaupt auseinanderzusetzen. Man will wieder „stolz“ sein auf die eigene Geschichte und das Positive in den Mittelpunkt stellen, um den sogenannten Schuldskult endlich zu beenden. Ein Beispiel dafür ist die AfD, wobei es nicht nur der Thüringer Björn Höcke ist, der den angeblichen Schuldskult am stärksten beklagt, sondern auch Parteifreunde in Niedersachsen.

Können Sie dafür konkrete Anhaltspunkte nennen?

Ja, zum Beispiel fordert die AfD im Stadtrat Braunschweig, Fördergelder für diverse Projekte zu streichen, darunter auch für die Gedenkstätte für das KZ Schillstraße. In Wolfsburg fordert die AfD, Pläne der Stadt einzustampfen, die eine Gedenkstätte für das KZ Laagberg vorsehen. In Wolfenbüttel hat sich die AfD demonstrativ von dem stadtweiten Gedenken an die Opfer der Pogromnacht 1938 ferngehalten. Und in Bremen hat die AfD-Jugend sich in Pressemitteilungen gegen den „Schuldskult und Mahntourismus“ gewendet. Ich könnte noch andere Beispiele nennen.

Nun sitzt die AfD auch im niedersächsischen Landtag und will einen Vertreter in den Stiftungsrat Ihrer Stiftung entsenden, dagegen gibt es bereits Protest jüdischer Opferverbände. Müsste man nicht einer demokratisch gewählten Partei einen Sitz anbieten?

Laut derzeit gültigem Stiftungsgesetz steht jeder Landtagsfraktion ein Sitz zu. Aber es ist nicht Aufgabe des Stiftungsrates, politische Debatten zu führen. Das Stiftungsgesetz zu ändern wäre Sache des Landtages. Ich bin sehr dafür, sich politisch mit der AfD auseinanderzusetzen, halte den Stiftungsrat aber da für den falschen Ort. Ich habe übrigens selbst ein Gespräch mit der AfD-Führung im Landtag geführt, die einen entsprechenden Gesprächswunsch an mich herangetragen hatte.

Und wie ist dieses Gespräch verlaufen?

Relativ konfrontativ. Aber man zeigte durchaus Verständnis für die Haltung der Opferverbände, die Sorgen über einen möglichen AfD-Vertreter im Stiftungsrat ausgedrückt haben.

Angesichts des abnehmenden Wissens über die Verbrechen der Nationalsozialisten hat der Zentralrat der Juden vorgeschlagen, Besuche von KZ-Gedenkstätten in der Schule verpflichtend zu machen. Was halten Sie davon?

Ich halte davon wenig, weil über eine solche Verpflichtung das Gegenteil dessen erreicht werden könnte, was man wollte. Das hat man auch am Beispiel der DDR gesehen. Zwangsbelehrung führt nur zur Abwehr. Im Übrigen haben wir, etwa in der Gedenkstätte Bergen-Belsen, keinen Grund, uns über Besucherschwund zu beklagen. Es kommen seit mehreren Jahren etwa 250.000 Besucher im Jahr zu uns. Und das Bedürfnis, Betreuungsangebote anzunehmen, ist immens. Wir haben heute schon Voranfragen für das Jahr 2020.

Von Interview: Michael B. Berger